

## **Sanierung des Rad- und Wanderwegs an der Saarschleife zum Saisonbeginn: „Politik gegen unsere Bürgerinnen und Bürger!“**

Ab dem 2. April wird der bei Wanderern, Radfahrern und Touristen beliebte Rad- und Wanderweg zwischen Dreisbach und der Schleuse in Mettlach für rund zwei Monate gesperrt. „Nach monatelangem Bau-Stillstand wird jetzt mit der Sanierung weitergemacht. Zur völligen Unzeit: Wenn die Wander- und Radsaison für unsere Bürgerinnen und Bürger losgeht, die Feiertage und die langen Wochenenden vor der Tür stehen und unsere touristischen Gäste in die Region kommen, wird einer der wichtigsten Wege der Gemeinde vollgesperrt. Da benötigt man viel Phantasie, um das den Bürgern zu erklären“, so Manuel Kerber, Gemeindeverbandsvorsitzender der CDU Mettlach und Bürgermeisterkandidat.

Nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet die Sperrung einen herben Schlag. Kerber befürchtet für Gastronomie und Hotellerie in der Gemeinde erhebliche Umsatzeinbußen. „Wir als CDU in der Gemeinde machen Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger, dazu zählen selbstverständlich auch alle, die ein Gastgewerbe betreiben. Sie haben durch Corona, der wieder erhöhten Mehrwertsteuer und durch die Sperrung der Saarbrücke bereits mit genug Baustellen zu kämpfen. Jetzt kommt eine weitere im wahrsten Sinne des Wortes hinzu. Die Maßnahme war bereits für Herbst 2023 angekündigt und sollte bis zum 11. Oktober abgeschlossen sein. Damals war der Zeitrahmen mit einem Monat und in der Nebensaison (September-Oktober) viel besser geplant. Ich erwarte von unserem Bürgermeister, dass er gemeinsam mit Verkehrsministerin Petra Berg, die für den Landesbetrieb für Straßenbau qua Amt zuständig ist, spricht und eine Lösung präsentiert“, erklärte Kerber weiter.

Wichtig sei den Christdemokraten zu betonen, dass die Sanierung des Weges befürwortet werde und unbedingt notwendig sei. Jedoch sei der jetzt gewählte Zeitpunkt nicht nachvollziehbar.

Hierzu stehe Kerber auch im Austausch mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Stefan Thielen. Er hat angekündigt, das Ganze nächstmöglich zum Gegenstand einer Befragung im zuständigen Ausschuss des Landtags zu machen.